

Berner Mahnwache für einen gerechten Frieden in Israel / Palästina



Nächste
Mahnwache:
Freitag, 13. Sep-
tember 2019



Karikatur
des sog.
„Handala“
palästinensisches
Flüchtlingskind
(Nakba, 1948)
Cartoonist:
Nadji al-Ali

Wir stehen hier

- für einen gerechten Frieden zwischen der israelischen und den palästinensischen Gesellschaften
- für ein Leben in Sicherheit und Würde in beiden Gesellschaften
- für ein Ende der Besatzung, des Siedlungsbaus, der Hauszerstörungen, für die Aufhebung der völkerrechtswidrigen Mauer in den palästinensischen Gebieten
- für ein Ende der Blockade des Gaza-Streifens
- für ein Recht auf Rückkehr der Palästina-Flüchtlinge
- für die Einstellung der Militär- und Rüstungszusammenarbeit der Schweiz mit Israel und allen anderen Staaten im Nahen Osten

Freitag, 9. August 2019, 12.30-13.15 Uhr,
Bahnhofplatz / Heiliggeist-Kirche Bern

Trumps Deal des Jahrhunderts

Schritt1: Der Workshop in Bahrain
Wirtschaftliche Anreize, aber keine politi-
sche Lösung – wie soll das gehen?

Lesen Sie darüber mehr auf der Rückseite >>>

Die erste Mahnwache fand am 7. November 1997 vor der israelischen Botschaft statt. Seither stehen Menschen vor der Offenen Heiliggeistkirche in Bern, **jeden 2. Freitag im Monat von 12.30 bis 13.15 Uhr** für einen gerechten Frieden in Israel/Palästina. Danach gibt es jeweils aktuelle Informationen in der Kirche.

Hinweise

„Wir weigern uns Feinde zu sein“

Daoud und Jihan Nassar aus Bethlehem berich-
ten

Dienstag, 3. September, im Kipferhaus, Hinter-
kappelen

18.00 h Apéro riche palestiniens

19.30 h Vortrag und Diskussion

Freitag, 6. September, um 19.00 h

in der Evangelisch – Lutherischen Kirche, Post-
gasse 62, Bern

Regelmässige Hinweise/Links: www.nahostfrieden.ch
www.palaestina.ch



Der Workshop Peace for Prosperity – Frieden zu Wohlstand - ohne eine politische Lösung

Im November 2017 kündigte Präsident Trump seinen Plan, den israelisch-palästinensischen Konflikt zu lösen, an. Er beauftragte seinen Schwiegersohn Jared Kushner mit der Ausarbeitung und Umsetzung seines «Deal of the Century».

Sämtliche an der Ausarbeitung des Plans beteiligten Personen, Jared Kushner, der Spezialgesandte Greenblatt und Botschafter Friedman sind mehr oder weniger direkt am Bau der illegalen israelischen Siedlungen in der besetzten Westbank beteiligt und Befürworter der Erklärung, dass Jerusalem die unteilbare Hauptstadt des Staates Israels ist und dass zumindest Teile der Westbank annektiert werden sollten durch Israel.

Es handelt sich also nicht um ehrliche, unparteiische Vermittler!

Zum Workshop in Bahrain wurden weder palästinensische, noch israelische Politiker eingeladen. Die Politik sollte aussen vor bleiben.

Dass der politische Teil des Deals eng mit der Wahlkampagne von Benjamin Netanyahu koordiniert wird, ist ein offenes Geheimnis.

Trumps Nahostteam:



Um es vorweg zu nehmen: Der Workshop in Bahrain hatte einzig und allein den Zweck, die israelische Besetzung der palästinensischen Gebiete zu legitimieren, wobei wirtschaftliche Anreize die Palästinenser zur Aufgabe ihrer legitimen Rechte auf einen eigenen Staat und zu einem Verzicht auf das Rückkehrrecht für die Vertriebenen hätten bringen sollen.

Die Ursachen der katastrophalen wirtschaftlichen Situation in den besetzten Gebieten wurden nicht angesprochen.

Nach wie vor ist Gaza unter Blockade, die Bewegungsfreiheit in der Westbank und in Jerusalem ist über verschiedene Mechanismen eingeschränkt, dazu kommen der systematische Landraub, die Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, einschliesslich des Wassers, durch die Besatzungsmacht, die Restriktionen beim Bauen und die Häuserzerstörungen, während der israelische Siedlungsbau kontinuierlich vorangetrieben wird.

Die Weltbank schätzt, dass der palästinensischen Wirtschaft durch die Restriktionen in der C-Zone, die vollständig von der israelischen Militärbehörde kontrolliert wird, jährlich 3.4 Milliarden Dollar entgehen.

Kushners Plan ist es, über 10 Jahre, insgesamt 50 Milliarden Dollar in die palästinensische Wirtschaft zu investieren, wobei die Geldgeber noch nicht bestimmt sind.

Einen Plan für die politische Lösung der Probleme soll nach den israelischen Wahlen und der Regierungsbildung, voraussichtlich im November 2019, veröffentlicht werden.

Sowohl Jordanien wie auch Ägypten haben Kushner bereits klar gemacht, dass sie nur einer Lösung mit einem palästinensischen Staat zustimmen werden.

Palästinensische Politiker sind sich einig:
Das Problem ist nicht das Geld, das Problem ist die andauernde Besatzung!!!

Beachten Sie zudem die Website ► www.nahostinfo-bern.ch

Kontaktadresse Mahnwache: berner.mahnwache@gmx.ch Fachstelle OeME Ökumene, Mission und Entwicklungszusammenarbeit der Reformierten Kirchen Bern-Jura-Solothurn
Altenbergstrasse 66, Postfach, 3000 Bern 22 / www.refbejus.ch/oeme